

## Rede Friedhelm zum Antikriegstag 1. September 2023 in Hanau

Ich spreche hier zu Ihnen/euch als ver.di-Mitglied und Rentner. Mir ist bewußt, wie wichtig die Gewerkschaften für unsere Interessen als Lohnabhängige, Rentner:innen, Erwerbslose, nicht begüterte Studierende und andere vom Leben nicht eben begünstigte Menschen sind, für die Bewahrung und Verbesserung unseres Lebensstandards. Ich war mein ganzes Erwerbsleben Gewerkschaftsmitglied. Mir ist bewußt, daß auch meine Rente davon abhängt, wie die Lohnentwicklung verläuft, und dabei sind Gewerkschaften von entscheidender Bedeutung.

Ich bin deshalb froh und stolz darauf, daß wir hier in Hanau eine besondere Entwicklung geschafft haben. Im Oktober 2022 schlossen der DGB Südosthessen, die IG Metall Hanau/Fulda und ver.di Main-Kinzig/Osthessen mit den Initiativen Hanauer Friedensplattform, VVN Main-Kinzig, DIDF Hanau, Fridays for Future Hanau und Internationaler Jugendverein Hanau das Hanauer Bündnis für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Wir haben uns vorgenommen, etwas zu wagen, was bis dahin nicht selbstverständlich war und immer noch seinesgleichen sucht: Wir wollten die anstehenden Tarifrunden dafür nutzen, tarifpolitische, soziale und Friedensfragen zusammenzubringen. Warum? Weil die Gewerkschaften die berufenen Organisationen derjenigen sind, die nichts -oder nicht viel mehr- zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Als solche können wir nur organisiert unsere Interessen, unsere Meinungen zu politischen Fragen, unsere Forderungen in unseren Lebenslagen zum Ausdruck und zur Geltung bringen.

Wenn die Herrschenden meinen, Krieg führen zu müssen, auf unsere Kosten und zu Lasten von Menschen, die uns in ihren Lebenslagen als Lohnabhängige usw. ähnlich sind, uns aber nichts getan haben, dann müssen wir uns zu Wort melden. Es war schwierig. Denn wir sind ja, trotz vergleichbarer sozialer Lage und unmittelbarer Interessen, ansonsten unterschiedliche Persönlichkeiten mit eigenen Meinungen. Aber wir haben es geschafft. Am 17. November 2022 gab es einen eindrucksvollen Warnstreik der IG Metall Hanau/Fulda, desgleichen am 23. März 2023 von ver.di Main-Kinzig/Osthessen mit den Losungen: *"Hoch mit den Löhnen! Runter mit den Preisen! Den Ukrainekrieg sofort beenden! Waffenstillstand jetzt!"*

Diese Koppelung von tarif-, sozial- und friedenspolitischen Forderungen haben prinzipiell alle Kolleg:innen - 1000 am 17. November, 2000 am 23. März - mitgetragen, sicher mit unterschiedlicher Überzeugung im einzelnen, aber sie waren da. Und gestützt auf diese Zustimmung ist die IG Metall einen Schritt weiter gegangen. Zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, jetzt unterstützt mit deren wissenschaftlichen Ressourcen, hat sie am 23./24. Juni hier in Hanau in einem Zelt im Hof des DGB-Hauses einen bundesweiten Kongreß veranstaltet, der wirklich 250 physisch Anwesende und über 200 Personen, die sich über Livestream zuschalteten, anzog. Sie kamen aus vielen Regionen Deutschlands, aus dem Rhein-Main-Gebiet ebenso wie aus Köln, Düsseldorf, Hamburg, Berlin usw.

Warum Hanau? Zumindest eine Teilerklärung liegt in einer langen geschichtlichen Tradition Hanaus als Arbeiterstadt mit kämpferischer, ich möchte sagen klassenkämpferischer Tradition. Die mögen nicht alle so geteilt haben, die bei den Warnstreiks dabei waren, aber zumeist doch ein Gefühl für das, was im Namen unseres Bündnisses zum Ausdruck kommt: Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Wir wissen, daß Hanau mit ca. hunderttausend Einwohner:innen eine eher kleine Stadt ohne besondere bundesweite Bedeutung ist. Deshalb hoffen wir und setzen darauf, daß unser Beispiel Schule macht. Denn allein machen sie dich ein.

Ich komme nun zu unseren Forderungen. Da stehen in erster Linie:

- Stop der Waffenlieferungen,
- Waffenstillstand,
- Verhandlungen,
- Sicherheitsgarantien für alle beteiligten Seiten, v. a. Rußland und Ukraine.

Das ist nach Lage der Dinge freilich ein sehr schwer zu realisierendes Programm, und es kann nicht allein von der jetzt noch zahlenmäßig schwachen Friedensbewegung erkämpft werden. Wir brauchen die Gewerkschaften.

Wir haben auf das Kriegsgeschehen keinen unmittelbaren Einfluß. Aber wir können und müssen darüber reden, was der Krieg, die Aufrüstung, die Zerstörungen, die Vernichtung von Menschenleben, der

Reallohnverzicht, der Sozialabbau und alles das für die Lohnabhängigen bedeuten. Ansonsten gilt: Wo die Linken (und die Gewerkschaften) sozialpolitische Positionen räumen, werden die Rechten stärker. Die Umfragewerte zeigen das, wir müssen uns das nicht durch Wahlen bestätigen lassen.

Deshalb sind unsere Forderungen konsequent und berechtigt. Sie sind nur Ausgangspunkte. Aber irgendwo muß es losgehen. Und den Menschen muß klarwerden, wo ihre Interessen liegen. Deshalb geht der Hanauer Weg dahin, tarifpolitische, friedenspolitische und sozialpolitische Fragen im Zusammenhang zu sehen. Die Kundgebungen in den Warnstreiks haben gezeigt, daß die Menschen das verstehen, auch bei Unterschieden in der geopolitischen Betrachtung. Es ist ja auch nicht so schwer.

Die IG Metall Hanau/Fulda schrieb im Flugblatt zum Warnstreik vom 17. November: *"Die Milliarden, die nun in Aufrüstung und als Geschenke der Großkonzerne verteilt wurden und werden, müssen am Ende durch die Allgemeinheit getragen werden. Es ist zu befürchten, daß dies am Ende durch Sozialabbau wieder reingeholt werden soll."*

Noch konkreter wurde ver.di Main-Kinzig/Osthessen zum 23. März: *"Umwidmung des 100-Milliarden-Aufrüstungspakets der Bundeswehr in Bildung, Pflege, soziale Arbeit, die öffentliche Verwaltung, eine funktionierende Infrastruktur, klimagerechte Mobilität, gepflegte Grünanlagen und Parks, interessante Kulturangebote, in gelungene Integration und sozialen Zusammenhalt - kurzum in die öffentliche Daseinsvorsorge."* Also für ein gutes Leben für uns alle! Dafür setzt die Gewerkschaft 15 Milliarden als Kosten an - ein Bruchteil dieser verschämt als "Sondervermögen" bezeichneten Sonderverschuldung. Den Zusammenhang stellten Mitarbeiter des Aufrüstungsministers Pistorius her, indem sie laut einem Bericht des "Spiegel" im Februar 2023 der Befürchtung Ausdruck gaben, daß ein zu hoher Tarifabschluß im öffentlichen Dienst die Aufrüstung der Bundeswehr beeinträchtigen könnte.

Wir müssen leider feststellen: Der Abschluß im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen hat diese Funktion nicht erreicht. Er mag in diesem Jahr der höchste aller Zeiten im ÖD gewesen sein - aber die höchste Inflation seit langem hat den Beschäftigten dennoch Reallohnverlust beschert. Und für die Bundeswehr wird immer Geld da sein. Dennoch ist der Kampf nicht umsonst und muß fortgeführt werden.

Schließlich beziehe ich mich noch auf den bundesweiten Aufruf des DGB "Die Welt braucht Frieden!" Hier heißt es entsprechend: *"Jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Neue Waffensysteme dürfen nicht mit der Schließung von Krankenhäusern oder dem Verzicht auf Zukunftsinvestitionen bezahlt werden. Die jüngste Häufung weltweiter Extremwetterereignisse führt uns drastisch vor Augen, dass die Bekämpfung des Klimawandels keinen Aufschub duldet. Der dafür erforderliche Umbau unserer Wirtschaft und seine sozial gerechte Gestaltung werden nur gelingen, wenn dafür ausreichend öffentliche Mittel bereitstehen."*

Die vielfältigen Problemlagen unserer Zeit haben also auch die "Führungsebene" der Gewerkschaften erreicht.

Um noch einmal auf die gewerkschaftliche Friedenskonferenz in Hanau zurückzukommen: Sie ist in diesem Sinne durchaus ermutigend gewesen. Es wurde klar Position bezogen gegen die Militarisierung der Gesellschaft, gegen das 2%-Ziel der Rüstungspolitik, gegen Waffenlieferungen. Auch wurden die Auswirkungen der NATO-Politik auf die Arbeiterklasse beschrieben. Damit wird die bisherige Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften in Frage gestellt, und darauf kommt es heute doch in erster Linie an.

Aber es muß natürlich weitergehen. Eine solche Konferenz darf keine Eintagsfliege sein. Die Bemühungen der Politisierung der gewerkschaftlichen Tarifarbeit, die diesen Hanauer Weg ausmachen, haben insofern die Bedeutung, dass die Anfänge lokal sein müssen, aber nicht bleiben dürfen. Wie das weiterwirkt, ob das aufgegriffen wird, kann nur die Zukunft ergeben.

Das, was ich hier skizziert habe, haben die Menschen möglich gemacht, die jeweils auf ihre Weise sich in die tarif- und friedenspolitisch organisierten Warnstreiks von IG Metall Hanau/Fulda und ver.di Main-Kinzig/Osthessen eingebracht haben und da waren. Karl Marx hätte dazu gesagt: *"Ein Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme."*

F/HU, 1.9.2023